

Von der Bundesdelegiertenkonferenz der AG Betrieb und Gewerkschaft sind zahlreiche positive politische Signale in unseren Landesverband gesendet worden. Der Sprecher unserer LAG, Holger Vermeer, ist in den BundessprecherInnenrat gewählt worden und unsere Sprecherin, Zeynep Dere ist gemeinsam mit unserem LAG-Mitglied und Mitglied der geschäftsführenden Parteivorstand, Ulrike Zerhau, zu Delegierten der AG für den Bundesparteitag gewählt worden.

In seiner einleitenden Rede betonte Ulrich Maurer, dass die Verankerung in den Betrieben eine der zentralen Aufgaben unserer Partei in den nächsten Jahren sein muss. Er führte aus, dass die ersten Maßnahmen der neuen ebenso wie die der letzten Regierung zeigen, dass Regierungen letztlich nur Marionetten sind und daher die nächsten Jahre im Zeichen außerparlamentarischen Protestes stehen müssen, um unser linkes Projekt durchzusetzen. Um unser wichtigstes Pfund – die Glaubwürdigkeit – nicht zu verlieren, dürften wir in Regierungen vielleicht Kompromisse über das Tempo der Veränderungen machen, aber keine über die Richtung. Gleichzeitig muss uns klar sein, dass *Der Spiegel* mindestens einmal im Monat einen Artikel veröffentlicht indem er unsere Spaltung herbeiredet. Diesen Gefallen dürften wir ihm aber nicht tun. Unter der Losung, „Wir zahlen nicht für eure Krise“ müssen wir auf allen Ebenen agieren. Eines der wesentlichsten Mittel muss dabei auch der politische Streik sein.

In der Politischen Erklärung, die Schwerpunkt der inhaltlichen Aussprache auf der Konferenz war, war dann auch der politische Streik der erste und zentrale Punkt. Darüber hinaus muss aus Sicht der Delegierten die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich wieder als Thema in die Gewerkschaften und darüber auch wieder in die Gesellschaft getragen werden. Vielfach klagen auch linke Betriebsräte, dass sie dieses Thema nicht in ihren Belegschaften vermitteln können. Es ist herausgestellt worden, dass die Debatte um Arbeitszeitverkürzung nur im gemeinsamen politischen Kampf möglichst vieler Einzelgewerkschaften wieder die gesellschaftlich notwendige Stellung erlangen kann. Nur durch die politische Initiative einzelner Gewerkschaften konnte in den 1980er Jahren die Kampagne für eine 35-Stundenwoche vermittelt und letztlich von einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung getragen werden. Diese Stimmung wieder zu erzeugen, ist Aufgabe linker Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Konsens bestand darin, dass die bislang in der Partei diskutierten Mitarbeiterbeteiligungsmodelle keine zukunftsweisendes Konzepte sind. Es wurde berichtet, dass dort wo solche Modelle umgesetzt worden sind, sie vielfach dazu beigetragen haben, dass sich Beschäftigte gar kein realen Zugewinn an Mitbestimmungsrechten erkaufen haben oder sich letztlich mehr um die Steigerung ihrer Aktiengewinne als die Erkämpfung von Arbeitnehmerrechten gekümmert haben.

Insbesondere beim Thema ökologischer Umbau der Wirtschaft, das ebenfalls wesentlicher Teil der Diskussion war, kam auch Kritik an dem Koalitionsvertrag in Brandenburg auf. Auch die Bekenntnis zum Lissabon-Vertrag und dem geplanten Stellenabbau wurden als Angriffe auf unsere Glaubwürdigkeit zurückgewiesen.

Mehrfach ist die Forderung nach Rekommunalisierung der Energieunternehmen aus unserem Landtagswahlprogramm in NRW positiv hervorgehoben worden und es wurde scharf kritisiert, dass sich einzelne Mitglieder aus dem Parteivorstand und der Bundestagsfraktion von unserem Entwurf distanzieren haben. Die Delegierten haben uns in mehreren Redebeiträgen in dieser Auseinandersetzung den Rücken gestärkt.

Darüber hinaus ist für die AG zentral, den Kampf gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums zu unterstützen. Gegen die Privatisierung der Bahn ist eine Resolution verabschiedet worden. Die AG setzt sich ein für die stärkere Vernetzung der Einzelgewerkschaften, einen verbesserten

Kündigungsschutz, die Ausweitung der Mitbestimmung, den Kampf gegen die Rente ab 67 und die Sicherung der Flächentarifverträge. Immer wieder kam auch die Forderung nach einer Wirtschaftsdemokratie nach den Ideen des sozialistischen Gewerkschafters Viktor Agartz auf. Dieser hatte die Etablierung von Wirtschafts- und Sozialräten gefordert.

Insgesamt ist mehrfach die gute Vernetzung der AG betont worden und tatsächlich gab es viele Sekretäre aus dem Mittelbau vieler Einzelgewerkschaften. Dominierend sind dabei ver.di, die IG BAU und IG Metall. Diese sind auch im SprecherInnenrat vertreten. Zudem traten Sekretäre der GEW und von TRANSNET auf.

Abschließend wurde noch eine Resolution gegen die Tarifflicht des *Schlecker*-Konzerns durch die Gründung der eigenen Tochter *Schlecker XL* verabschiedet.

Am Rande der Konferenz ist auch diskutiert worden, dass im Rahmen des Landtagswahlkampf die BAG in Zusammenarbeit mit unserer LAG eine gewerkschaftspolitische Konferenz in Bochum ausrichten möchte. Das nächste BundessprecherInnenratstreffen am 29.11. wird sich mit der näheren Planung befassen.